

Brief an den Stadtrat von Denver wegen Waffenscheinen zum verdeckten Führen

Von [David Kopel](#) | Complete Colorado, 21. April 2022

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

dieses Schreiben befasst sich mit einigen Fragen, die in der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Wohnungswesen, Bildung und Obdachlosigkeit am 13. April 2022 zum Thema „Waffenscheine für verdecktes Tragen“ gestellt wurden. Das Schreiben wird auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wie hoch ist die Kriminalitätsrate bei Personen mit Waffenschein?

Ein Waffenschein (concealed handgun permit, CHP, deutsch: Genehmigung zum verdeckten Tragen von Kurzwaffen) wird nur an Personen über 21 Jahren ausgestellt. Grob gesagt ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Erwachsener mit Waffenschein in Colorado verhaftet wird, etwa 39 Mal geringer als bei einem Erwachsenen ohne eine solche Genehmigung. Die Daten sehen wie folgt aus:

Das Gesetz aus dem Jahr 2003, mit dem das derzeitige System für das Tragen von Waffen mit Waffenschein in Colorado eingeführt wurde, verpflichtete die Sheriffs, dem Gesetzgeber jährlich Bericht zu erstatten.[1] Im Jahr 2020 wurden landesweit insgesamt 37.909 neue Genehmigungen ausgestellt und 23.141 erneuert. (Die Genehmigungen sind fünf Jahre lang gültig.) Im gleichen Zeitraum wurden 348 Genehmigungen widerrufen. Die meisten davon (196) erfolgten aufgrund von Verhaftungen. In Denver wurden 1.685 Genehmigungen ausgestellt und 470 erneuert. Im Jahr 2020 wurde in Denver ein einziger Waffenschein widerrufen, wobei als Grund „psychische Erkrankung oder Sucht“[2] angegeben wurde.

Die Zahlen für 2019 sind ähnlich: landesweit 23.250 neue Lizenzen, 24.473 Verlängerungen und 377 Widerrufe. Zwei Widerrufe in Denver, beide wegen einer Verhaftung.[3] Ähnlich im Jahr 2018: 25.643 neue Lizenzen, 35.141 Erneuerungen und 537 Widerrufe. Sieben Widerrufe in Denver, sechs wegen Verhaftung und einer wegen eines Kontaktverbots.[4] Eine Verhaftung, die zu einem Widerruf führt, muss nicht notwendigerweise den Missbrauch einer Schusswaffe beinhalten; alles, was zu einer Verurteilung führen würde, wäre ausreichend, damit eine Person ihre Berechtigung für einen Waffenschein verliert.

Das FBI veröffentlicht jährlich den Bericht *Crime in the United States* (Kriminalität in den Vereinigten Staaten), und der jüngste dieser Berichte ist der für 2019.[5] Laut Tabelle 69 gab es in Colorado im Jahr 2019 178.985 Verhaftungen von Personen über 18 Jahren.[6]

Bundesweit werden etwa 8,6 % aller von Erwachsenen begangenen Straftaten von Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren verübt. Um die Verhaftungen von Erwachsenen ab 21 Jahren in Colorado zu schätzen, reduzieren wir die 178.985 Verhaftungen von Personen ab 18 Jahren um 8,6 %.[7] Daraus ergibt sich eine Zahl von 163.592 Verhaftungen von Personen ab 21 Jahren in Colorado im Jahr 2019.

Nach Angaben des Census Bureau betrug die Bevölkerung von Colorado im Jahr 2019 5.758.736. Davon waren 4.205.643 Personen 20 Jahre oder älter.[8] Zieht man die rund 75.553 Personen im Alter von 20 Jahren ab, erhält man 4.130.090 Personen im Alter von 21 Jahren und älter.[9]

Die Zahlen für 2019 lauten demnach: Coloradans im Alter von 21 Jahren und älter: 4,130,090. Verhaftungen in dieser Gruppe: 163.592. Ergebnis: eine Verhaftung pro 25 Personen

Coloradans mit Waffenscheinen für verdecktes Führen (concealed handgun permits), für die das Mindestalter 21 Jahre beträgt: 233.606 CHP-Besitzer.[10] Entzug von Waffenscheinen aufgrund von Verhaftungen: 237. Ergebnis: eine Verhaftung pro 986 Personen.

Das bedeutet, dass Coloradans *ohne* einen Waffenschein für verdecktes Führen etwa 39 Mal häufiger verhaftet werden als Personen, die einen besitzen. In der Gesamtbevölkerung kommt es zu einer Verhaftung pro 25 Personen, bei Personen mit Waffenschein dagegen zu einer Verhaftung pro 986 Personen.[11]

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Das verdeckte Tragen von Waffen ist von Natur aus praktisch nicht zu erkennen, es sei denn, eine Person geht durch einen Metalldetektor oder wird von der Polizei gefilzt. Um eine Genehmigung zum verdeckten Tragen zu erhalten, sind Hunderte von Dollar an Gebühren und Ausgaben erforderlich, einschließlich der Kosten für die Ausbildung und die Stunden nach der Ausbildung, die notwendig sind, um das Genehmigungsverfahren zu durchlaufen. In Denver müssen Antragsteller sogar lange Wartezeiten in Kauf nehmen, um überhaupt einen Termin für die Abnahme der Fingerabdrücke und die Einreichung ihres Antrags zu bekommen. Die Einzigen, die sich die Mühe machen, das lästige Verfahren zu durchlaufen, sind Menschen, die sich so sehr um die Einhaltung von Gesetzen sorgen, dass sie erhebliche Mittel aufwenden, nur um von der Regierung eine Karte zu erhalten, mit der sie legal das tun können, was sie ohnehin kostenlos und mit einem sehr geringen Risiko, erwischt zu werden, tun könnten. Es ist kein Wunder, dass die Inhaber einer Erlaubnis zum verdeckten Tragen in Colorado viel gesetzestreuere sind als die breite Masse der Bevölkerung.

Das strenge Genehmigungssystem in Colorado

Colorados Gesetz zum verdeckten Tragen von Waffen ist im Vergleich zu den meisten anderen Bundesstaaten ungewöhnlich streng. Derzeit ist in 25 Staaten keine Genehmigung für das verdeckte Führen von Waffen erforderlich, solange der Träger ein Erwachsener ist,

der rechtmäßig eine Kurzwaffe besitzen darf. Bei den Staaten, die eine Genehmigung verlangen, ist ein rein objektives Genehmigungssystem die Regel.

In Colorado ist es jedoch möglich, aus zusätzlichen, subjektiven Gründen Anträge abzulehnen oder Genehmigungen zu widerrufen, nämlich „wenn der Sheriff die begründete Annahme hat, dass das dokumentierte frühere Verhalten des Antragstellers es wahrscheinlich macht, dass der Antragsteller eine Gefahr für sich selbst oder andere darstellt“. C.R.S. §§ 18-12-203(2); 18-12-206(1) & (2). Wenn der Betroffene eine gerichtliche Überprüfung anstrebt, liegt die Beweislast beim Sheriff. C.R.S. §§ 18-12-203(3)(c), 18-12-207.

Darüber hinaus verlangt Colorado nicht nur, dass ein Bewerber eine Sicherheitsschulung absolviert, sondern dass ein Teil der Schulung als Präsenzveranstaltung durchgeführt wird.[12] Ich habe für den Gesetzentwurf aus dem Jahr 2013 gestimmt, mit dem die persönliche Anwesenheitspflicht hinzukam. Die persönliche Anwesenheit gewährleistet, dass der zertifizierte Ausbilder das Verhalten der Person beobachten kann.

Verstößt das vorgeschlagene Gesetz gegen das Second Amendment ?

Anfang November fand vor dem Obersten Gerichtshof der USA die mündliche Verhandlung im Fall *New York State Rifle and Pistol Association v. Bruen* statt.[13] Einige Landkreise im Bundesstaat New York verweigern unbescholtenen erwachsenen Antragstellern, die alle Backgroundchecks und Sicherheitstrainings bestanden haben, die Erlaubnis zum verdeckten Tragen von Waffen, weil die ausstellende Behörde generell gegen das Tragen von Waffen ist. Ausgehend von der mündlichen Verhandlung scheint es sehr wahrscheinlich, dass das Gericht die Verweigerungspolitik als Verstoß gegen das im Second Amendment verankerte Recht auf das „Tragen von Waffen“[14] einstufen wird. Das Urteil könnte schon bald, aber auch erst Ende Juni veröffentlicht werden.

In der mündlichen Verhandlung von Bruen ging es vor allem um die Frage der „sensiblen Orte“. In der bahnbrechenden Entscheidung *District of Columbia v. Heller* aus dem Jahr 2008, in der das Verbot von Kurz Waffen im Distrikt für verfassungswidrig erklärt wurde, gab der Gerichtshof einige Leitlinien für das Second Amendment vor. Insbesondere heißt es dort: „Obwohl wir heute keine erschöpfende historische Analyse des gesamten Anwendungsbereichs des Second Amendments vornehmen, sollte nichts in unserem Urteil so verstanden werden, dass Zweifel an ... Gesetzen aufkommen, die das Tragen von Schusswaffen an sensiblen Orten wie Schulen und Regierungsgebäuden verbieten.“[15].

Die *Bruen*-Entscheidung des Jahres 2022 wird wahrscheinlich die in *Heller* formulierte Regel für „sensible Orte“ konkretisieren. Da *Bruen* die erste wichtige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs sein wird, die sich ausführlich mit dem Recht auf das „Tragen von Waffen“ [bear arms] befasst, wäre es für den Stadtrat von Denver ratsam, die *Bruen*-Entscheidung abzuwarten. Andernfalls könnte die Stadt am Ende auf der Verliererseite eines Rechtsstreits stehen und müsste denjenigen, die eine Verordnung aus der Zeit vor *Bruen* angefochten haben und die gegen *Bruen* verstößt, die Prozesskosten ersetzen.

Urteile der unteren Instanzen

Seit 2008 haben sich die unteren Gerichte mit *Hellers* knappem Wortlaut über „sensible Orte“ herumgeplagt. Obwohl die bevorstehende *Bruen*-Entscheidung wahrscheinlich viel mehr Klarheit bringen wird, ist die bisherige Bilanz für die unteren Gerichte, dass ein Verbot des Führens von Waffen mit Waffenschein in Regierungsgebäuden die größte Chance hätte, einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten, während ein Verbot in Parks viel weniger Chancen hätte.

Immerhin sprach *Heller* ausdrücklich von „Regierungsgebäuden“. Parks sind keine Gebäude. Was auch immer Regierungsgebäude, wie z. B. Gerichtsgebäude, besonders „empfindlich“ macht, ist in Parks nicht vorhanden, die traditionell für alle Personen für alle rechtmäßigen Zwecke offen sind. Viele Regierungsgebäude werden ganztägig von bewaffneten Ordnungshütern bewacht, so dass der Notwendigkeit für eine persönliche Verteidigung in diesen Gebäuden weniger Bedeutung zukommt. In Parks ist das nicht der Fall.

Im vergangenen Jahr hat ein Bundesdistriktgericht in Illinois ein Verbot des Tragens von Waffen mit Waffenschein in staatlichen Naturschutzgebieten in Cook County (Chicago und Vororte) für verfassungswidrig erklärt. *Solomon v. Cook County Board of Commissioners*, - F.Supp.3d –, 2021 WL 4147167 (N.D. Ill., Sept. 13, 2021).[16]

Mit 3:0 Stimmen hat das Bundesberufungsgericht für den 10. Bezirk, zu dem auch Colorado gehört, das Bundesgesetz zum Führen von Schusswaffen in Postämtern bestätigt. Das Gericht bestätigte außerdem mit 2:1 Stimmen das Verbot des Tragens von Waffen auf Parkplätzen der Post, da Parkplätze für den Betrieb von Postgebäuden unerlässlich sind, z. B. für das Verladen von Post auf Lieferwagen. *Bonidy v. United States Postal Service*, 790 F.3d 1121 (10th Cir. 2015).[17] Das Bundesberufungsgericht für den 10. Bezirk hob die Entscheidung des Bundesdistriktgerichts von Richter Matsch auf, der das Verbot auf Parkplätzen als Verstoß gegen das Second Amendment angesehen hatte.

Mit anderen Worten: Vor den Bundesgerichten in Colorado haben zwei Richter das Verbot auf Postparkplätzen für verfassungsgemäß erklärt, und zwei, darunter der angesehene und langjährige Richard Matsch, haben das Gegenteil gesagt.

Die Mehrheit in der *Bonidy*-Berufungsinstanz erklärte, dass die gerichtliche Überprüfung des Second Amendment laxer sein sollte als die gerichtliche Überprüfung anderer Teile der Bill of Rights, weil Schusswaffen gefährlich sind.[18] Dies dürfte im Widerspruch zu der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA von 2010 in der Rechtssache *McDonald v. City of Chicago* zu stehen, in der die Auffassung zurückgewiesen wurde, „dass das Second Amendment für eine besondere – und besonders ungünstige – Behandlung ausgesondert werden sollte“.[19].

Die *Bruen*-Entscheidung könnte sich durchaus mit diesem Punkt befassen. Vier amtierende Richter des US Supreme Court – Alito, Gorsuch, Kavanaugh und Thomas – haben ihre Besorgnis darüber geäußert, dass untere Gerichte das Second Amendment und manchmal insbesondere das Recht, Waffen zu tragen, zu wenig berücksichtigen.[20]

Niemand außer den Richtern des Supreme Court und ihren Assistenten weiß, wie die *Bruen*-Entscheidung ausfallen wird. Die Formulierung „Regierungsgebäude“ aus *Heller* könnte bestätigt werden, oder sie könnte auf bestimmte Arten von Regierungsgebäuden beschränkt werden. *Heller* enthält keine Unterstützung für die Annahme, dass es eine Ausnahme vom Second Amendment für Parks oder für Parkplätze gibt, die beide keine „Regierungsgebäude“ sind. (Abgesehen von Parkplätzen, die selbst Gebäude sind oder in die unteren Etagen von Bürogebäuden integriert sind.) Das *Bruen*-Urteil könnte die lang erwartete Klarheit in den oben genannten Fragen bringen.

Dementsprechend könnte der Rat darüber nachdenken, die Frage der Waffenscheine weiter sorgfältig zu prüfen, während er mit der Ausarbeitung von entsprechenden Rechtsvorschriften bis zur *Bruen*-Entscheidung wartet.

David B. Kopel ist Forschungsdirektor am Independence Institute und außerordentlicher Professor für fortgeschrittenes Verfassungsrecht am Sturm College of Law der University of Denver.

Den amerikanischen Originalartikel „**Kopel: A letter to the Denver City Council on licensed concealed carry**“ kann man hier abrufen:

<https://pagetwo.completecolorado.com/2022/04/21/kopel-a-letter-to-the-denver-city-council-on-licensed-concealed-carry/>

-
- [1] C.R.S. § 18-12-206(4). Die jährlichen Berichte können hier abgerufen werden: https://www.coloradosheriffs.org/index.php?option=com_content&view=article&id=46:concealed-handgun-permits&catid=20:site-content&Itemid=137.
- [2] <https://www.coloradosheriffs.org/assets/docs/2020%20CHP%20Report%20.pdf>.
- [3] <https://www.coloradosheriffs.org/assets/docs/2019%20CHP%20Report%20.pdf>.
- [4] <https://www.coloradosheriffs.org/assets/docs/2018%20CHP%20Report.pdf>.
- [5] <https://ucr.fbi.gov/crime-in-the-u.s/2019/crime-in-the-u.s.-2019>.
- [6] <https://ucr.fbi.gov/crime-in-the-u.s/2019/crime-in-the-u.s.-2019/tables/table-69>. Insgesamt gab es 195.870 Festnahmen, von denen ich die 16.885 Festnahmen von Personen unter 18 Jahren abgezogen habe.
- [7] In den FBI-Daten für Colorado werden die Verhaftungen nicht in kleinere Altersgruppen unterteilt. Daher habe ich bundesweite Daten verwendet, um die Zahl der Verhaftungen von Personen zwischen 18 und 20 Jahren zu schätzen und sie aus den Zahlen herauszurechnen. Die folgenden Daten beruhen auf dem *Statistical Briefing Book*, das vom U.S. Department of Justice Office of Juvenile Justice and Delinquency veröffentlicht wurde, https://www.ojjdp.gov/ojstatbb/crime/ucr.asp?table_in=1. Im Jahr 2019 gab es 9.388.590 Straftaten von Personen über 18 Jahren. Davon wurden 807.210 von Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren verübt. Damit haben Personen zwischen 18 und 20 Jahren etwa 8,6 % aller Straftaten von Erwachsenen verübt.
- [8] <https://www.census.gov/data/datasets/time-series/demo/popest/2010s-state-detail.html>. Klicken Sie auf „Colorado“. Daraufhin wird eine Excel-Tabelle mit den Daten geöffnet. Die Altersdaten sind in 5-Jahres-Kategorien unterteilt. Ich habe alle Alterskategorien für Personen, die jünger als „20 bis 24 Jahre“ sind, abgezogen.
- [9] Das Census Bureau ermittelte 377.765 Personen in Colorado im Alter von 20 bis 24 Jahren. Wenn man davon ausgeht, dass die 20-Jährigen etwa ein Fünftel dieser Fünfjahres-Gruppe ausmachen, gab es 2019 etwa 75.553 Coloradaner im Alter von 20 Jahren.
- [10] Auf der aktuellen Website der County Sheriffs von Colorado finden Sie die Berichte für 2018, 2019 und 2020. Der Durchschnitt der Verlängerungen 2018-20 lag bei 27.585 pro Jahr. Der Durchschnitt der neuen Genehmigungen für 2018 und 2019 lag bei 24.446. (Für die Berechnung der bestehenden Genehmigungen im Jahr 2019 habe ich die Zahlen für 2020 nicht in den Durchschnitt einbezogen, da die neuen Genehmigungen im Jahr 2020 aufgrund der erhöhten Besorgnis über die öffentliche Sicherheit in diesem Jahr gestiegen sind.) Für 2019 schätze ich die Gesamtzahl der bestehenden Genehmigungen wie folgt: Ältere Genehmigungen im fünfjährigen Verlängerungszyklus $27.585 \times 5 \text{ Jahre} = 137.925$. Plus neue Genehmigungen aus den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019: $24.446 \times 4 = 97.784$. Insgesamt = 235.709. Davon ziehen wir die Widerrufe ab, die im Zeitraum 2018-20 durchschnittlich 420,6 pro Jahr betragen. Oder 2.103 in dem Fünfjahreszyklus, der mit 2019 endet. Ab 2019 gibt es also etwa 233.606 bestehende Genehmigungen.
- [11] Es ist möglich, dass eine Person innerhalb eines Jahres mehr als einmal verhaftet wird. Aus den Daten des FBI und der County Sheriffs geht nicht hervor, ob eine Person mehr als einmal verhaftet wurde. Natürlich werden nicht alle verhafteten Personen am Ende verurteilt, so dass Genehmigungen, die aufgrund einer irrtümlichen Verhaftung widerrufen wurden, vermutlich später wieder erteilt werden. Aus den Daten geht nicht hervor, wie oft das passiert.
- [12] C.R.S. § 18-12-202(5)(b).

- [13] Alle schriftlichen Unterlagen dieses Falles sind hier erhältlich:
<https://www.supremecourt.gov/search.aspx?filename=/docket/docketfiles/html/public/20-843.html>.
- [14] Der Audiomitschnitt und eine Transkription sind verfügbar unter:
https://www.supremecourt.gov/oral_arguments/audio/2021/20-843.
- [15] *District of Columbia v. Heller*, 554 U.S. 570, 626 (2008).
- [16] <https://www.leagle.com/decision/infdc020210914e60>.
- [17] <https://casetext.com/case/bonidy-v-us-postal-serv-1>.
- [18] „Durch das Risiko, das mit Feuerwaffen und anderen Waffen verbunden ist, unterscheidet sich das Second Amendment von anderen Grundrechten, bei denen der Strict Scrutiny-Grundsatz [im Gegensatz zum laxeren Intermediate Scrutiny-Test, Anm. d. Übers.] anzuwenden ist.“ *Bonidy* at 1126.
- [19] *McDonald v. City of Chicago*, 561 U.S. 742, 779-80 (2010).
- [20] Siehe z. B. *Peruta v. California*, 137 S. Ct. 1995 (2017) (Richter Thomas, dem sich Richter Gorsuch anschloss, mit einem abweichenden Sondervotum wegen der Verweigerung von Certiorari) (Recht, Waffen zu tragen); *Rogers v. Grewal*, 140 S. Ct. 1865 (2020) (Richter Thomas, dem sich Richter Gorsuch anschloss, mit einem abweichenden Sondervotum wegen der Verweigerung von Certiorari) (Recht, Waffen zu tragen); *New York State Rifle & Pistol Ass'n v. City of New York*, 140 S. Ct. 1525 (2020) (Richter Kavanaugh, mit zustimmendem Sondervotum) (Richter Alito mit einem ablehnenden Sondervotum, dem sich die Richter Gorsuch und Thomas anschlossen) (Verbot des Verbringens von erlaubten Kurz Waffen aus New York City; die lokale Verordnung wurde aufgehoben, bevor der Fall entschieden wurde).